

Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Nr. 385.

Dienstag, 5. Juni.

Annonsen-
Annahme-Bureau,
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Baub & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Moes.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Amtliches.

Berlin, 4. Juni. Der Kaiser hat den seitherigen General-Konsul in New York, Dr. Schumacher, zum Minister-Residenten in Lima ernannt.

Der Kaiser hat im Namen des Reichs den Kaufmann Paul Koschowski zum Konsul in Mexiko und den Kaufmann Richard Kraushaar zum Vice-Konsul in Osorno (Chile) ernannt.

Der König hat den Konsistorial-Rath Grundschoß zu Koblenz zum Ober-Regierungs-Rath ernannt und den Rechnungs-Revisoren Busch bei der Ober-Staatsanwaltschaft in Köln und Otterbein bei der Staatsanwaltschaft in Trier den Charakter als Rechnungs-Rath, dem Gerichtsschreiber, Sekretär Adenauer bei dem Ober-Landesgericht in Köln, dem Sekretär Jung bei der Ober-Staatsanwaltschaft und dem ersten Gerichtsschreiber, Sekretär Kump bei dem Amtsgericht dagegen, sowie dem Gerichtsschreiber, Sekretär Meißner bei dem Amtsgericht in Kempen, im Landgerichtsbezirk Düsseldorf, den Charakter als Kanalrat, dem praktischen Arzt Dr. med. Nikolaus Eckardt zu Düsseldorf den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Privatdozent in der hiesigen philosophischen Fakultät, Dr. Stephan Gans Edler Herr zu Putbus, ist zum außerordentlichen Professor für Staatswissenschaften in der philosophischen Fakultät der königlichen Universität zu Halle a. S. ernannt worden.

Den Oberlehrern am Gymnasium zu Bonn, Dr. Giesen und Dr. Gaspar ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

Dem Ober-Regierungs-Rath Grundschötz ist die Stelle des Dirigenten der Kirchen- und Schul-Abtheilung bei der Regierung zu Posen übertragen worden.

Der Rechtsanwalt Dr. Hirsch zu Berlin ist zum Notar im Bezirk des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Berlin ernannt worden.

Dem königlichen Landrath und Rittergutsbesitzer Schlenther auf Baubeln, Kreis Tilsit, ist die in Silber ausgeprägte Gestüt-Medaille verliehen worden. Der Oberförster Brömling zu Höven ist auf die durch Pensionierung des Oberförsters Niederschötz erledigte Oberschötzstelle zu Rotenkirchen in der Provinz Hannover und der Oberförster Seehuus zu Hartigswalde auf die durch Pensionierung des Oberförsters Delbrück erledigte Oberschötzstelle Siebigerode mit dem Amtssitz zu Annarode im Regierungsbezirk Merseburg versetzt worden. Der Forst-Arzt, Premier-Lieutenant und Oberjäger im Leitenden Feldjäger-Korps, Kraushaar ist zum Oberschötz ernannt und denselben die durch Pensionierung des Oberförsters Wegner erledigte Oberschötzstelle zu Neubrück im Regierungsbezirk Brandenburg verliehen worden.

Der Regierungsrat, Hauptmann a. d. Infanterie, Mariannenhof ist als Königl. Kreis-Hauptmann in Calau angeheftet worden.

Deutscher Reichstag.

95. Sitzung.

Berlin, 4. Juni. Am Tische des Bundesrats: Burchard.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Handelsvertrag mit Italien.

Abg. Frhr. von Papius (Zentrum) tritt für höhere Zollsäfte auf italienische Blumen ein, durch welche letzteren der deutschen Gärtnerei eine gefährliche Konkurrenz gemacht werde.

Staatssekretär Burchard ist der Meinung, daß in einem Handelsvertrag nicht der richtige Platz für Zollerhöhungen sei.

Abg. Dr. Hammacher bittet die Reichsregierung um Verbesserung der Verkehrsmitte mit Italien, insbesondere um Einwirkung auf die schweizerischen und italienischen Eisenbahnen bezüglich Herabsetzung ihrer Tarife.

Abg. Dr. Monfaucon bellagt, daß in dem Vertrage eine Herabsetzung des Zolles auf Weinbeeren eingetreten sei, die den deutschen Weinbau arg schädigen werde. Lasse man die Konkurrenz der italienischen Weine außer Acht, so werde man die Weinfälschung in Deutschland noch mehr fördern, die jetzt schon soweit gediehen sei, daß man im Osten Deutschlands ganz den Weingeschmack verloren habe. Dort sei den Leuten der Wein nicht süß genug, man wolle ihn gefälscht haben. Redner beantragt deshalb eine Verweisung des Vertrages an eine Kommission.

Abg. Dr. Majunke schließt sich dem Vorschlag an.

Staatssekretär Burchard: Die Regierung ist nur dem Angriffen Italiens gefolgt, welches ohne Berücksichtigung dieses Zolles nicht auf den Vertrag eingegangen wäre. — Die Tarifverhältnisse seien bei diesem Vertrage nicht zur Sprache gekommen, jedoch werde fortwährend von den beteiligten Behörden auf eine Herabsetzung der Tarife hingewieitet.

Abg. Dr. Buhl: Die rohen Weinbeeren dürfen nach einem Artikel der Reblauskonvention nicht in rohem Zustande als Beeren eingeführt werden, sondern nur im eingestampften Zustande und müssen in dieser Weise außer Wein verzollt werden, eine Gefahr für die Weinproduzenten ist also nicht vorhanden.

Abg. v. Bunsen lenkt die Aufmerksamkeit auf die Errichtung von europäischen Schiedsgerichten, welche bei derartigen Handelsverträgen recht wohl berücksichtigt werden könnten.

Abg. Frhr. v. Minnigerode hält derartige Schiedsgerichte bei einem in Waffen starrenden Europa für ideal, allerdings erstrebenswert, in der Praxis jedoch für unausführbar.

Geh. Rath Schraut bezeichnet die Aussage des Dr. Buhl als richtig, daß Trauben nur in Fässern in geprätem Zustande eingeschafft werden dürfen und als Wein verzollt werden müssen. Wenn auch mit Italien keine Reblauskonvention getroffen sei, so könnten doch die Bestimmungen der Reblauskonvention auch auf die Staaten ausgedehnt werden, mit denen eine solche nicht geschlossen sei.

Abg. Monfaucon zieht seinen Antrag bezüglich der Verweisung an eine Kommission zurück.

Bei Art. 1 bis 6 werden angenommen.

Bei Art. 7 fragt darauf Abg. Dr. Bamberger, ob diesenjenigen Kaufleute, welche sich größere Partien von Mandeln auf Lager gelegt hätten, bei dem frühen Inkrafttreten der niedrigen Zollsäfte am 1. Juli, für die höher gezahlten Zollsäfte entschädigt werden würden, und zweitens, ob man nicht auch den Zoll auf die anderen Delarten, außer Olivenöl, welche mehr von den niedrigeren Klassen der Bevölkerung konsumiert würden, herabsetzen wolle.

Geh. Rath Schraut erklärt, daß eine Entschädigung für Spekulanten mit Mandeln nicht eintreten werde und daß man doch unmöglich allein auch im Bezug auf andere Delen noch weitere Konzessionen

hätte machen können. Der Rest des Gesetzes passirt ohne Debatte, ebenso die Literar-Konvention mit Frankreich.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Steuervergütung für Zucker.

Der Entwurf der Kommission steht in Übereinstimmung mit der Regierungsvorlage folgende Sätze fest:

- a) für Rohzucker von mindestens 88 v.C. Polarisation . . . 9,00 M.
- b) für Rands und für Zucker in weissen, vollen, harten Broten bis zu 12,5 Kilogramm Nettogewicht oder in Gegenwart der Zollbehörde zerkleinert . . . 11,10
- c) für allen übrigen harten Zucker, sowie für alle weiße trockene (nicht über 1 v.C. Wasser enthaltende) Zucker, in Krümel- und Mehlförm von mindestens 98 v.C. Polarisation . . . 10,40

Die Abg. Dr. Stengel, Büchtemann, Dr. Meyer (Halle), Dr. Reichensoecker (Olpe), Schrader, Dr. Schwarzenberg, Senefrey und Sonnenmann beantragen, für die Position sub a die Bonifikation auf 880 M. festzulegen.

Die Abg. Büchtemann und Schwarzenberg beantragen, dem § 1 des Gesetzes folgendes Alina anzufügen:

Außerdem ist vom 1. September 1883 ab von jedem Zollzentner des aus Rüben, Melasse oder Füllmasse gewonnenen Zuckers eine Kontrollgebühr von 10 Pfennigen zu erheben.

Die Fabrikanten sind verpflichtet, der Steuerbehörde auf Erfordern die Quantität des gewonnenen Rohzuckers anzugeben. Im Fall einer unrichtigen Angabe ist einer Ordnungsstrafe bis 500 Mark verwöhnt.

Abg. Stengel: In der Kommission herrschte Übereinstimmung darüber, daß man mit grösster Vorsicht den Gesetzentwurf behandeln müsse, da es sich um eine Industrie handelt, die dem Reiche jährlich 200 Millionen vom Auslande einträgt und eine grosse Anzahl von Arbeitern beschäftigt. Von diesem Gesichtspunkte aus muß man die Vorlage der Regierung mit Sympathie begreifen. Danach wird es vor Allem, daß die Regierung in der Einsicht, daß die Bonifikation die Höhe der Steuer bereits übertrifft, die eritere von 9,40 M. auf 9 M. herabgesetzt habe. Die Besteuerung des Rohmaterials ist die zweckmäßigste und in Württemberg wird man so lange nicht mit Norddeutschland konkurriren können, bis man nicht zu dem gleichen Besteuerungsmodus gelangt sein wird. Im Großen und Ganzen hat die Kommission sich auf den Boden gestellt und auch die Bonifikationssätze der Vorlage acceptirt. Wir, die wir den Antrag eingebracht haben, glauben nicht, daß die Industrie durch die von uns vorgeschlagene Exportbonifikation geschädigt werden kann. Auf die Dauer werden sich die Fabriken im Osten nicht erhalten können und es ist nicht ratschlich, daß die Besitzer ihre Anträge für ungültig erklären. Um Lebigen wollen wir die Lage der Vorlage beobachten, da es steht, daß die Raffinade bei weitem im Prinzip ist gegen den Rohzucker. Die ganze Frage wird sich nur auf dem Boden der Rohstoffbesteuerung definitiv lösen lassen; diejenigen, die glauben, daß wir aus durch die Besteuerung dahin gelangen könnten, werden bald einsehen, daß auf diesem Wege die Regelung unmöglich ist, wie auch ein Blick auf Württemberg, welches an dieser Besteuerung fehlt, beweist.

Schaffssekretär Burchard: Die verbliebenen Regierungen erkennen die Reformbedürftigkeit der Zuckersteuer an, verleinen dabei jedoch keineswegs, daß eine umfassende Regelung der ganzen Frage im Moment unthunlich sei. Die verbliebenen Regierungen schlagen daher einstweilen eine Herabsetzung der Ausfuhrvergütung vor, aber nur in der Höhe, als sie annehmen können, daß dadurch eine Schädigung der Zuckerindustrie nicht erwartet werden kann. Die Grenze ist hier schwer gefunden, die verbliebenen Regierungen sind jedoch der Meinung, daß mit ihrem Vorschlag weit genug gegangen sei. Es ist klar, daß der Bundesrat bei einer so hochwichtigen Industrie sich der Pflicht der eingehendsten Prüfung bewußt gewesen ist und mit der höchsten Vorsicht verfahren hat. Demgemäß darf ich Sie bitten, die gestellten Amendements abzulehnen und die Vorlage unverändert anzunehmen.

Abg. Sonnenmann: Den Zustand unserer Zuckersteuer hat der Abg. v. Benvinno sehr zutreffend als einen standlosen bezeichnet. Die Regierungsvorlage, die von der Kommission im Wesentlichen unverändert angenommen worden ist, wahrt die Interessen der Reichsfinanzen nicht genügend. Redner kritisirt die bei der ersten Lesung von dem Minister Dr. Lucius vorgebrachten Zahlen als völlig unrichtig. Die Melasse-Besteuerung hat mit der Landwirtschaft gar nichts zu thun;

sie trifft einzelne Fabrikanten, die Melasse anlaufen und daraus Zucker gewinnen, den sie nicht versteuern, für den sie aber die Exportbonifikation beziehen. Heute läßt sich aus dem Konsum und dem Export von Zucker ein Mano von 18 Millionen an Steuer nachweisen. Dieser Ziffer gegenüber fallen alle Bedenken gegen eine zu hohe Melasse-Besteuerung fort. Merkwürdig ist auch, daß die Regierung sich erst zu dem führten Schritt der Erledigung der Exportbonifikation entschlossen, nachdem eine Generalversammlung von Zuckersfabrikanten sich für dieselbe ausgesprochen. Einer der Herren sagte, es gebe Dinge, über die man weder schreiben, noch sprechen könne. Das ist natürlich, wenn die Herren hier am Regierungstische so kräftige Vertreter haben, so brauchen sie selber nicht zu reden. Von den bedeutendsten Zuckertechnikern ist vorgeschlagen worden, die Rübensteuer zu erhöhen, weil sie den richtigen Regulator für die Besteuerung abgibt. Auf diesen Standpunkt muß sich auch die Regierung stellen, wenn sie zu einer Lösung dieser Frage kommen will.

Geh. Rath Neumann erklärt, daß in den von dem Vorredner angezogenen Zahlen und der Zoll des Jahres 1881/82 die Steuer enthalten sei, so daß die Vorredner, die vom Vorredner gegen die Richtigkeit dieser Zahlen angeführt worden sind, unberechtigt sind. Hätte der Abgeordnete die Zahlen genauer geprüft, so hätte er kein Defizit von 18 Millionen herausrechnen können. Die Nettoeinnahmen von 1871 bis 1876 betragen nicht 55½, sondern nur 44½ Millionen. Die Mehr-einnahmen werden sich auch nicht, wie der Vorredner annimmt, auf 2½ Millionen, sondern auf 4 Millionen belaufen. Die Erhöhung der Bonifikation erfolgt nicht nach den glänzenden Ergebnissen einzelner Fabriken, sondern nach der Lage der gesamten Industrie.

Abg. Staudy sieht in der Ansicht des Abg. Sonnenmann, die Überproduktion zu verhindern, einen Widerspruch mit dem sonstigen Streben seiner Partei, die Industrie von der staatlichen Bevormundung zu befreien. Die Ansicht, daß das Ergebnis der Kommissionarbeit ein negatives sei, kann er nicht einsehen, da die Kommission die Vorlage der Regierung adoptiert hat, so halte er das Resultat für ein außerordentlich positives. Die Prinzipien, die Herr Dr. Stengel klar gelegt hat, theile er vollständig, glaube jedoch, daß er zu einem falschen Schluss gekommen ist. Der Abg. Stengel

bestreitet 20 Pf. die sechsgeschaltete Zollzelle über dem Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

habe anerkannt, daß man vorsichtig vorgeben müsse, und sei doch bei der Heraussetzung der Bonifikation weiter gegangen als die Vorlage. Damit jedoch habe sich der Abg. Stengel selbst geschlagen, indem er zugestand, daß dieser Satz von allen wieder getragen werden könne, außer vielleicht in Württemberg. Die Fabriken im Osten prospieren allesamt vorzüglich und den ostpreußischen Wählern des Abg. Stengel werde es nicht sehr angenehm sein, daß dieser für eine Belästigung der Zuckerindustrie plaidire. In dem Kubuskrante des Fürsten Biarmie werde seine Thätigkeit für die Zuckerindustrie ein schönes Blatt bilden, und ihm verdanken wir es, daß die Zuckerindustrie die beste Grundlage für die Landwirtschaft geworden ist. Seine Partei nenne es nicht Mangel an Fiskalität, sondern staatsmännischen Blick, daß die Regierung mit ihrer Vorlage nicht weiter gegangen ist. Durch ein Hinzuwerken über die Vorlage könne die Industrie leicht gefährdet werden, auch erlaube dies die Stabilität der Zuckerpreise nicht, ebenso wenig der Umstand, daß andere Länder bei Weitem höhere Bonifikationen zahlen. Der Standpunkt des Herrn Antragstellers befremdet ihn, der von Jugend auf mit den Interessen der Landwirtschaft verbunden ist. Handelt es sich um die Belastung einer anderen Industrie, so würden die Herren sich nicht dazu bereit finden lassen, ihre Zustimmung zu geben; deshalb sei ihr Antrag so befremdlich, und er könne nur entweder aus einem Nebenwillen gegen die Landwirtschaft oder aus einer völligen Unkenntnis der Verbündeten reulichen. Dieselbe sei so groß, daß ein liberales Blatt einen Vorschlag mache, daß die Landwirthe doch sechs Wochen später säen möchten. (Heiterkeit.) Die Landwirtschaft wolle sich nicht länger durch die Schnäpper aus den Städten schädigen lassen. (Bravo rechts.)

Abg. Büchtemann erklärt den Standpunkt des Vorredners nicht für den der Landwirtschaft, sondern des Großgrundbesitzes. Die bestehende Steuerform hat sich nicht bewährt, denn sonst wäre die Regierung nicht mit dieser Vorlage zu uns gekommen, die sowohl dem Fiskus, wie der Industrie wohl thun soll. Es ist doch immerhin fraglich, ob letztere auf die Dauer im Stande sein wird, sich stets auf der Höhe dieser Exportfähigkeit zu halten und sehr möglich, daß in wenigen Jahren unser Zucker vom Kubanischen Zucker die bedenklichste Konkurrenz gemacht würde, modur Deutichlands Industrie auf den deutschen Markt beschränkt bliebe. Die Ausfälle, die durch die Höhe der Bonifikationen entstanden sind, sind bei weitem höher, als f. z. Herr Minister Lucius angegeben habe. Die Nettoerträge von denen dieser getrieben, und welche eine ehrliche Einnahme der Rübensteuer scheint nachzuweisen, bestehen aus Steuer und Zoll. Bedauerlich ist es, daß die Regierung nicht schon früher die Lage der Zuckerindustrie erkannt und Reformen vorausgeschlagen hat. Wenn die Regierung behauptet, daß sie einen Vorschlag vorgelegt habe, so ist er gewiess, so berücksichtigt sie die Zuckergewinnung aus der Melasse, die beträchtlich steige, und das Strontianverfahren. Der Vorschlag, die Entzuckerung aus der Melasse zu besteuern, ist an der Weigerung der Regierung gescheitert, deshalb kann man den Antrag, der eine weitere Herabsetzung der Bonifikation erstrebt, acceptiren, ohne annehmen zu dürfen, daß dadurch die Industrie geschädigt werden könnte. So wenig wir uns für die Fabriksteuer erwärmen können, so glauben wir doch, daß wir zu ihr gelangen werden, wenn wir nicht die Melasse besteuern. Die Exportkommission ist, nachdem die Berichte von allen Bundesregierungen eingelaufen sind, kaum noch nothwendig; außerdem würde durch die Annahme des Antrages, betreffend die Kontrollgebühr, die beste Kontrolle gesichert sein. Die langsame Einführung der Zuckersteuerreform von Seiten der Regierung hat im Lande Zweifel an dem Ernst der Bestrebungen der Regierungen wachgerufen. Wenn Sie diese Zweifel zerstreuen wollen, nehmen Sie unser Antrag an. (Bravo links.)

Abg. Dr. v. Skarzynski ist der Meinung, daß man anstatt eines großen Gesetzes über den Ausfall von wenigen Millionen zu erheben, lieber Alles daran setzen müsse, um die Industrie noch mehr zu heben. Eine vorübergehende Erhöhung der fiskalischen Einnahmen steht in keinem Verhältnis zu der dadurch verursachten Verschlechterung der Lage der Industrie und der Landwirtschaft. Redner plädiert gegen alle liberalen Amendements.

Die Diskussion wird darauf geschlossen und nach Ablehnung der gestellten Anträge § 1 unverändert angenommen.

Das Haus vertagt sich darauf.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung Dienstag 2 Uhr an, und auf der Tagesordnung den Rest der heutigen Tagesordnung und den Etat.

Gegen diesen Vorschlag macht Abg. Büchtemann geltend, daß das Pensionsgesetz für Zivilbeamte noch unerledigt sei, während Abg. Buhl für die Beratung der Reblausvorlage und Abg. Stehmann für den Nachtragsetat zum Etat v. 1882/83, die Forderung für das Reichstagsgebäude, eintritt. Abg. Sonnenmann wünscht außerdem den Antrag Philipps, betreffend Entschädigung unzulässig. Der Präsident macht demgegenüber geltend, daß der Bauplan für den Reichstag noch umgearbeitet werde und es demgemäß, so lange die Angelegenheit sich in diesem Stadium befindet, nicht ratschlich sei, den Nachtragsetat zu erledigen. Nachdem auch Abg. v. Benninghausen für Erledigung des Nachtragsetats plädiert, Abg. v. Karadoff erklärt, daß das Zivilpensionsgesetz nicht vor Erledigung des Militärpensionsgesetzes beraten werden dürfe und Abg. v. Minnigerode für den Beginn der Etatsberatungen für morgen eingetragen ist, wird der Vorschlag des Präsidenten angenommen. Schluß 5½ Uhr.

Pommerscher Landtag.

Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung.

Berlin, 4. Juni. Am Ministerische von Gosler. Präsident von Kölle eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die folgende Interpellation des Abg. Dr. v. Stahewski und Kantat.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. März er. bei Beratung des Antrages Dr. v. Stahewski, Kantat und Genossen hat der Herr Minister für die geistlichen und Medizinalangelegenheiten wörtlich erklärt:

„Sie haben den Religions

lose Einführung der deutschen Unterrichtssprache in der Religion vom 1. Mai er auf der Mittel- und Oberstufe sämtlicher städtischer Volkss- und Privatschulen, in allen anderen Volksschulen aber, in welchen die Zahl der deutschsprechenden Kinder die Hälfte der Gesamtklasse oder mehr beträgt, anordnet.

Dieser Verfügung folgte unter dem 27. April eine neue, welche ohne den Grundatz der Einführung der deutschen Sprache im Religionsunterricht aufzugeben, dieselbe von vorigen Berichten der Kreisschulinspektoren über die Fortschritte der Kinder in deutscher Sprache abhängig mache.

Faktisch wird aber von mehreren Kreisschulinspektoren, Rectoren der Mittelschulen und Lehrern an den Elementarschulen im Großherzogthum Posen in Bezug auf den Religionsunterricht der katholisch-polnischen Kinder ein Verfahren beobachtet, welches lediglich eine Ausführung der von der Königlichen Regierung zu Posen selbst ausgesetzten Verfügung vom 7. April er ist. In den betreffenden Schulen wird sogar neben der Anwendung der deutschen Sprache im Religionsunterricht das tägliche Morgengebet für die Kinder polnischer Nationalität in deutscher Sprache abgehalten. Die Folge davon ist eine sich steigernde Verwirrung der religiösen Erziehung der katholisch-polnischen Jugend und eine tiefe Verbitterung der Gemüther der gesamten Bevölkerung.

An die Königliche Staatsregierung richten wir die Anfrage:

- 1) Sind derselben diese Umstände bekannt?
- 2) Ist dieselbe gewillt, dafür Remedium zu beschaffen, und event. in welcher Weise?

Nachdem Minister von Göhrer sich zur sofortigen Beantwortung dieser Interpellation bereit erklärt hat, erhält das Wort zur Begründung derselben

Abg. Dr. v. Stabelowski: Der Herr Minister hat uns bei Beratung unseres Antrages am 14. März erklärt, daß er zur Schonung der Nationalität bereit sei, aber die Verfügung vom 7. April ist keineswegs der Ausdruck einer solchen Schonung, denn man verbietet damit die Muttersprache aus der Volksschule. Für uns handelt es sich beim Religionsunterricht, wie man so gern annimmt, durchaus nicht um politische Agitation, sondern um die Erziehung der Kinder zu Bürgern des ewigen Reichs. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Verfügung vom 7. April hat ihre Geschichte. Unmittelbar nach der Behandlung unseres Antrages erhielt Ende März ein Artikel in der „Posener Zeitung“, in der der Erlaß einer solchen Verfügung fast im Wortlaut derselben empfohlen wurde. Genau, wie die „Posener Zeitung“ es angegeben, erschien die Verfügung. Es ist charakteristisch für die Verhältnisse in Polen, daß eine Zeitung, die sich in offener Opposition gegen den Minister befindet, den Reichsfanzler angreift und die Polen bei jeder Gelegenheit absanzt (Heiterkeit), auch wenn sie den Reichsfanzler unterstützen, einen solchen Einfluss auf die Regierung hat. Nachdem der Minister sein Wort gegen das tatkostenlose Benehmen des Herrn Lux gegeben, glaubt man in Polen berechtigt zu sein, in derselben Weise, wie dieser Herr, vorgeben zu dürfen. Man saßt in Polen ein jedes Wort des Ministers gierig auf. Sehr charakteristisch an der Verfügung ist die Einrichtung der Religions-Abteilungen für die deutschen Kinder. Das geschieht im Lande der Parität! Ich frage Sie, Herr Minister, sind die Behörden kompetent, die Nationalität der Kinder wider den Willen der Eltern zu bestimmen? Wir haben ein Recht zu klagen, denn die Verfügung hebt das Recht auf, das der Minister uns zugesprochen hat, das Recht des Gebrauchs unserer Muttersprache. Ich nehme an, daß der Minister von der Verfügung nichts wußte, ja selbst der Oberpräsident wurde erst von dem Minister von der Existenz der Verfügung in Kenntnis gesetzt. (Hört! hört! im Zentrum.) Die Declaration vom 28. April wurde allgemein ignorirt und die Lösung zu dieser Opposition gegen den Minister gab der Oberbürgermeister Kohleis. Ist es nicht bedauerlich, daß ein Mann an der Spitze der Verwaltung einer Stadt, der doch verpflichtet wäre, sein Amt gerecht zu verwalten, sich von Parteiangehörigen in verdecktem Anzug, daß er nun ein Paß gegenübers einer eroberten Stadt gerichtet? (Heiterkeit.) Man hat dem Herrn Minister ein Schnippchen gegeben und die „Posener Zeitung“ entblödet sich nicht zu schreiben, daß der Oberbürgermeister Kohleis durch einen rachsen Entschluß ein saft accompli geschafft hat. Als man sich über diesen Herrn beschwerte, sandt die Regierung sein Verfahren ganz korrekt und restlos zurück, obwohl er gegen den klaren Inhalt der Declaration verstoßen hatte. Ob das Verfahren des Herrn Kohleis loyal gewesen, überlässe ich dem Urtheil der Herren. Darf man einer Regierung Glaubensschwäche, die so verfahrt, sammeln man von ihr eine objektive Prüfung der Frage erwarten, wenn sie sogar das Morgengebet verbietet? (Hört! hört!) Eine solche Verfügung ist Beweis fanatischer Parteidienstlichkeit und man wird dadurch nur die Aufregung im Lande schüren. Der Herr Minister hat diejenigen Herren, die sich an ihm wandten mit der Bitte, die Verfügung zurückzunehmen, an die Regierung in Polen verwiesen. Der Bescheid, den sie von dort aus erhalten werden, ist schon heute nicht mehr zweifelhaft, denn die „Posener Zeitung“ hat schon neulich darauf hin geschrieben, die Polen möchten sich keinen Illusionen hingeben, daß die Regierung in ihrem Sinne entscheiden werde und die „Posener Zeitung“ kennt ihre Leute in der Regierung. Herr Lux, der den polnischen Kindern erlaubt hat, sich selbst vom polnischen Unterricht zu dispensiren, hat gegen die Verfügung selbst dadurch verstoßen, daß er in der Schule zu Gorzow den Religionsunterricht in deutscher Sprache schon auf der Unterstufe angeordnet. Wie kann man von einem solchen Manne einen objektiven Bericht erwarten? Die ganze Provinz befindet sich dieser Vorkommnisse wegen in dumpfer Gärung, und wenn sich die Leute nicht zu Thätschelheiten haben hinreißen lassen, so ist das der polnischen Presse zu danken, und auch von dieser Stelle siehe ich meine Brüder an, sich nicht von der Bahn der Gesellschaft abbringen zu lassen. Aber die deutsche Presse sucht durch allerhand rassistische Mittel die Bevölkerung zu provozieren und die „Posener Zeitung“ entblödet sich nicht, zu erklären, daß die Bevölkerung mit dieser Verfügung aufzufreden ist. Die Frage, um die es sich hier handelt, muß prinzipiell entschieden werden, es handelt sich um das geistige Heil der Kinder und wenn man weiter so fortfährt, dann wird man aus einer blühenden Provinz bald ein preußisches Irland gemacht haben. (Oho! links.) Wenn die Schule sich in das innerste Gebiet des Herzens drängt, wenn sie das „ebet“ verbietet, dann muß es dahin kommen, denn dann entfremden sie das Kind von der Religiosität. Wie soll es dann mit dem Kommunionunterricht werden, wenn die Kinder nicht volkisch lernen, nicht in der Muttersprache die Kirchenlieder lernen? Das Kind langweilt sich dann in der Kirche und geht nicht mehr hinein. Ist das im Sinne Seiner Majestät gebandelt? Die Verfügung charakterisiert sich aber auch als ein schwerer Eingriff in die Verfügung, nach der der Religionsunterricht Sache der Kirche ist, und wir behandeln die Angelegenheit auch nicht nur als eine pädagogische, sondern vor Allem als eine Kirchenfrage. Der Herr Minister hat sich einst über unsere Solidarität gegenüber den Deutschen ausgesprochen; nun, diese Verfügung ist sehr geeignet, diese Solidarität zu vermehren und eine tiefe Kluft zwischen den Deutschen und Polen aufzutun. (Sehr wahr! im Zentrum.) Es handelt sich hier um die Kleinen, von denen der Heiland gesagt hat, man möge nicht verhindern, daß sie zu ihm kommen. Befördert man das, wenn man den Kindern die Heilsarbeiten der Religion in einer fremden Sprache lehrt? Es ist eine schwerwiegende Verantwortung, die auf dem Herrn Minister ruht; es handelt sich ja um Hunderttausende von Seelen. Gestatten Sie mir, Herr Minister, daß ich bei dieser ungewöhnlichen Gelegenheit einen ungewöhnlichen Appell an Sie richte. Sie stehen mit am Ruder eines Staates, auf dem Glanzpunkt seiner Macht. Aber dieser Staat hat auch trübe Zeige gehabt. Wenn Sie, Herr Minister, damals gelebt hätten und man hätte Ihr Kind gezwungen, in einer fremden Sprache die Heilsarbeiten der Religion zu lernen, welche Gefühle hätten Sie dann empfunden? Schließen Sie daraus, welche Gefühle die Herzen der Hunderttausende bewegen, die sich heute in solcher Lage befinden. Thuen Sie, Herr Minister,

was wahrhaft staatsmännisch ist, — heben Sie die Verfügung auf. (Lieberharter Beifall bei den Polen und im Zentrum.)

Kultusminister von Göhrer: Ich werde mich bei der Beantwortung der Interpellation möglichst genau an die beiden gestellten Fragen halten. Die erste derselben kann ich im Wesentlichen infolge bejahen, als die Verfügung der Posener Regierung vom 7. April, die den Ausgangspunkt der Differenz darstellt, der Staatsregierung zunächst aus öffentlichen Blättern (Hört, hört! im Zentrum und bei den Polen), dann auch amtlich bekannt geworden ist, ihr ferner bekannt geworden ist, daß die Regierung darauf die Verfügung vom 27. April erlassen hat, und daß auch nach Erlaß dieser letzteren noch auf Grundlage der Verfügung vom 7. April verfahren worden ist und daß daraus Beschwerden, Volksversammlungen, Reklamationen in der Presse hervorgingen. Auf die zweite wichtigere Frage muß ich erwidern, daß im Wesentlichen schon Remedium geschaffen worden ist. Die Grundlage für die Erteilung des Religionsunterrichts in Polen befindet sich in der Verordnung vom 27. Oktober 1873, wo es heißt, daß der Unterricht in der Religion und im Kirchengesange den Kindern polnischer Zunge polnisch zu ertheilen sei, das aber mit besonderer Genehmigung der Aufsichtsbehörden in der Mittel- und Oberstufe, soweit bei den Schülern ein hinreichendes Verständnis für das Deutsche vorhanden ist, der Unterricht in dieser Sprache ertheilt werden könne. Nach dieser auch für mich maßgebenden Verordnung ist anzuerkennen, daß die Verfügung vom 7. April zwei Theile enthält. Der erste Theil spricht den Grundatz aus, daß die Kinder deutscher Nationalität auch deutschen Unterricht empfangen, der zweite Theil sagt, daß in den öffentlichen und Privatschulen, wo die Zahl der deutschsprechenden Kinder die Hälfte oder mehr beträgt, ferner in sämtlichen dreiflüstigen öffentlichen, Privat- und städtischen Schulen in der Mittel- und Oberstufe die Unterrichtssprache durchweg die deutsche sein solle. Eine Veranlassung zu diesem Erlaß gegenüber der Verordnung von 1873 lag nicht vor; materiell ist kein Zweifel, daß der erste Theil durchaus berechtigt war, während der zweite einer mißdeutenden Auffassung dahin unterlegen konnte, als ob er die Verordnung von 1873 überschritte. Demnach hat die Regierung in ihrem Erlaß vom 27. April definiert, daß ihre Verfügung vom 7. April nur die Ausführung der Verordnung von 1873 sein sollte (Abg. Dr. Windhorst: Schöne Ausführung!). Gleichwohl ist noch

in einzelnen Fällen direkt die deutsche Sprache in der Mittel- und Oberstufe eingeführt worden. In Folge der Beschwerden der Familienväter habe ich ausdrücklich ausgesprochen, daß im Prinzip an der Verordnung von 1873 festgehalten wird, darüber hinaus allerdings im Einzelfalle eine Prüfung eintreten muß — und zwar nicht durch die Posener Regierung. Im Speziellen ist Vororge getroffen, daß neue Fälle nicht mehr entstehen; ferner, daß diesenfalls Fälle, welche noch zur Entscheidung stehen, so erledigt werden, daß, soweit irgend möglich, der frühere Zustand wieder hergestellt wird — bleibt ein kleiner Theil derselben Fälle, wo die Regierung nicht mehr dominus ist. Wie meine Entscheidung in diesen Fällen ausfallen wird, werden meine Ausführungen gezeigt haben.

Abg. Dr. Hämmerle: Ich stimmt der Interpellation bei. (Bravo! im Zentrum und bei den Polen) Es ist zwar die Pflicht Preußens zu germanisieren, soweit es mit den erlaubten politischen Mitteln möglich ist. Aber wenn die fiktive Grenze überschritten wird, dann verändert sich Recht in Umkehr und es entsteht für den einen Theil ein Gewissenswirkl. Der Religionsunterricht muß in der MutterSprache ertheilt werden, um das zu wissen, braucht man nicht gerade Pädagoge zu sein. Auch der Minister hat sich zu meiner Freude prinzipiell so geäußert. An diesem Prinzip hält auch die Verfügung vom Jahre 1873 fest. Nach den Erklärungen des Ministers bleibt kaum noch etwas auf die Interpellation zu sagen übrig; nur eine Erklärung tritt wieder hier heran, daß in allen wichtigen Fragen der Eifer der Volksbehörden über das Ziel hinausgeht und so weit geht, daß der Minister es nicht vertreten kann. (Sehr richtig! auf allen Seiten.)

Abg. Dr. Windhorst: Ich glaube auer, daß die Verfügung absolut ist, es ist aber leider nicht so. Vom ersten bis zum letzten Tag die Verfügung erlassen wurde, ohne daß der Minister etwas davon wußte. Gerne möchte ich wissen, ob sie auch ohne Wissen des Oberpräsidenten erlassen worden waren; wäre dem so, dann wäre es etwas faul im Staate und ich würde nicht, wozu wir Oberpräsidenten haben. (Sehr richtig! bei den Polen.) Der Inhalt der Verfügung steht im Gegensatz zu den Ansichten des Ministers, und ich hätte gewünscht, daß man sie sofort aufgehoben hätte, dadurch wäre das Ansehen der Behörde weniger geschwächt worden, als es jetzt der Fall ist. (Sehr gut! rechts.) Und ich bin der Meinung, daß es noch geschieht, daß wird in Polen sehr gut wirken. Wie es geschehen soll, daß die Verfügung nicht weiter beachtet wird, bat der Minister leider nicht gesagt. Die Herren, die die Verfügung erlassen haben, können mir gar keinen Respekt ein. (Sehr gut! bei den Polen) und ich halte eine Reformation in capite et membris in Provinz Polen für nothwendig. (Hört! hört! bei den Polen.) Der Schulwirkl. ist unhaltbar; soll er aber erhalten werden, so muß auch die Basis wiedergeschaffen werden, welche bestand, als er eingeführt wurde. Auch dem blödesten Auge muß es klar werden, daß unter solchen Umständen der Schulwirkl. unhaltbar ist. (Sehr richtig!) Die Rechte der Polen will ich hier nicht weiter berühren, sie sind in den Verträgen enthalten, die bei der Erwerbung Polens geschlossen worden sind; aber ich glaube, daß die Polen nach Maßgabe dieser Verträge behandelt zu werden ein Recht haben. Wenn man sie mißachtet, dann wundert man sich nicht über den Ton, den wir von dort hören. Die Polen in den Kämpfen der neueren Zeit ihre Pflicht gethan, ich berufe mich auf das Zeugnis des Feldmarschalls Steinmetz; dann soll man auch ihre Rechte achten. Man sehe nur nach Österreich hinüber, wo die Polen die treuesten Stützen des Thrones sind. Ich habe die Überzeugung, daß wir die Polen nur gewinnen, wenn wir gerecht und billig sind gegen sie und die Gerechtigkeit und Billigkeit verlangen, daß wir die Verfügung aufheben. (Bravo!)

Abg. Kantak: Die Erklärung des Herrn Ministers acceptire ich; doch muß ich gestehen, daß sie nur eine halbe Maßregel bedeutet, weil der Herr Minister nicht gesagt hat, in welcher Weise Abhilfe geschaffen werden soll. Schon deshalb bin ich jedoch mit der Erklärung zufrieden, weil die hochgestellten Herren der Regierung zu Posen daraus ersehen werden, daß nicht alles gut ist, was sie thun. Der Religionsunterricht ist der wichtigste der ganzen Schule, er ist bedeutender als der in den anderen Wissenschaften, weil er das Herz und Gemüth des Kindes erhebt und festigt. Das Wort ist wahr: wo die religiöse Unterlage fehlt, da kommen wir entweder zu irländer oder nihilistischen Zuständen. Ich hoffe, daß auch ferner der Herr Minister für unsere Klagen ein geeignetes Ohr haben wird.

Abg. Dirichlet: Ich erkennt gleichfalls an, daß die Klagen der Polen gerechtfertigt sind. (Bravo!) So oft die Polen sonst ihre Klagen vorbrachten, sind ihnen die deutschen Herren aus Polen mit grossem Eifer entgegentreten, da diese Herren heute geschwiegern haben, so sehe ich daraus, daß auch sie auf dem Standpunkt der Interpellation stehen. Wir bedauern, daß nicht auch unsere Namen unter der Interpellation stehen, denn auch wir stehen völlig auf ihrem Standpunkt. (Bravo! bei den Polen.) Redner tritt darauf der Ansicht des Abg. Windhorst entgegen, daß der Schulwirkl. unhaltbar sei, der preußische Staat beruhe auf dem Schul- und Militärwirkl. Über kurz oder lang werden wir weiter zu einer Befestigung des Prinzips der paritätischen Schule gelangen.

Die Interpellation ist damit erledigt.

Das Haus setzt nunmehr die zweite Beratung der Landsgüterordnung für Brandenburg fort bei § 1.

Die Beratung über § 1 wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Köhler empfiehlt die Vorlage und erklärt, daß die Höferrolle in Hannover sich vorzüglich bewährt hat und schon 60 Et. aller Güter dort in der Höferrolle eingetragen sind.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst tritt gegen die neulichen Ausführungen des Abg. Zelle ein und spricht sich vor allem dafür aus, daß der Wert des Gutes nach der Grundsteuer und nicht nach einer

festgesetzten Taxe beurtheilt werde, weil besonders vor der Theilung und vor dem Verkauf des Gutes öfters eine sogenannte Hochfultur getrieben werde, die eine richtige Taxe unmöglich mache. Die Bauern sind meist ehrliche und brave Leute, und Fälle von Betrug werden nicht oft vorkommen. Gegen den Grundhüldbrief, der ein sehr gefährliches Institut sei, habe die Fortschrittspartei sich nicht erklärt. Darlehnklassen könnten für den Grundbesitzer nicht so wirken, wie für andere Stände. Die Landsgüterordnung für Sachsen sei kein todtgeborenes Kind, seit der kurzen Zeit ihrer Einführung seien über tausend Höfe eingetragen. Wenn der Abg. v. Meyer für das Gesetz stimmen will, so hätte er es nicht so herunterreihen sollen, das empfiebt nicht besonders. (Heiterkeit.) Wenn man schon in den sauren Apfel beißen will, muß man es mit möglichst vernünftiger Miene thun. (Heiterkeit.) Wünschenswert wäre es, wenn man die Richter anwiese, selbst aufs Land zu gehen, um die Eintragung zu bewerkstelligen, während jetzt der Bauer oft zweimal von dem Richter abgewiesen wird, wenn er nicht gute Laune ist. Das vorliegende Gesetz werde mehr nutzen als die krankhaften Anstrengungen dem Grundbesitzer durch Kornölle zu helfen.

Minister Dr. Lucius ist erfreut über die Zustimmung, die von vielen Seiten diesem Gesetz zu Theil geworden ist. Die Landsgüterordnung wurde erst in Oldenburg eingeführt und später auch auf Hannover übertragen. Damals ist schon die Frage, ob die Landsgüterordnung dem bloßen Interstaterrecht vorzuziehen sei, entschieden worden, und nachdem man sich für ersteres ausgesprochen, haben wir es auch für angemessen erachtet, der Landsgüterordnung für Brandenburg den Vorzug zu geben. Ich hoffe, die Eintragung wird populärst werden durch die Bekanntungen dritter, die sich dafür interessieren. Im Betreff des Interstaterrechts kann ich nur auf das bürgerliche Gesetzbuch hinweisen, welches sich mit dieser Frage auch befassen wird und hierbei seinen Unterschied zwischen Mobiliens und Immobilien machen wird. Redner erklärt schließlich, daß die Regierung den zu diesem Gesetz eingebrachten Anträgen ihre Zustimmung geben könne.

Abg. v. Meyer-Arnswalde wiederholt seine Wünsche in Bezug auf die Tage der landwirtschaftlichen Grundstücke.

Abg. Zelle wiederholt seine neulich vorgetragenen Bedenken gegen das Gesetz.

Die Debatte wird darauf geschlossen und § 1 angenommen.

§ 6 bestimmt, nach welchen Grundsätzen die Feststellung der Tage erfolgt.

Abg. v. Meyer-Arnswalde tritt gegen die Bestimmung ein, daß die Taxatoren in der Provinz angesessen sein müssen.

Abg. Simon (Krautstadt) befürwortet die Bestimmung, daß der dreifachige Betrag des Grundsteuerreinertrages die Tage des Werthes geben solle. Schon in früheren Jahren ist in manchen Gegenden der Werth eines Grundstückes gleich dem 12fachen Betrage des Grundsteuerreinertrages gewesen. Um wie viel weniger kann heute bei bedeutend besserer Kultur die Annahme des Gesetzes gerechtfertigt sein. Das Gesetz bedeutet eine Ungerechtigkeit ohne Gleichen gegen die jüngeren Kinder und wird nur üble Folgen haben können. (Wir müssen deshalb gegen das Gesetz stimmen. (Bravo! links.)

§ 6 wird mit dem Antrag Meyer angenommen, ebenso ohne Bedenken des Restes des Gesetzes.

Rächtige Sitzung: Dienstag 9 Uhr; Tagesordnung: Kanalvorlage. Schluss 12½ Uhr.

Briese und Zeitungsberichte.

Berlin, 4. Juni.

In der am 2. Juni abgehaltenen Plenaritzung des Bundesrates machte der Vorsitzende Mittheilung von den Beschlüssen des Reichstags zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Krankeversicherung der Arbeiter. Die Beschlusffassung über den abgeänderten Gesetzentwurf wird in einer der nächsten Plenaritzungen stattfinden. Die am 6. Mai v. J. vollzogene Internationale Konvention zur polizeilichen Regelung der Fischerrei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer wurde den zuständigen Ausschüssen zur Beratung überwiesen. Die Entwürfe von Vorschriften betreffend die ärztliche Prüfung und betreffend die ärztliche Vorprüfung, wurden in der von den Ausschüssen vorgeschlagenen Fassung mit einigen Abänderungen genehmigt; die sämtlichen auf diese Angelegenheit bezüglichen Eingaben sowie die dazu von der Kommission zur Revision der ärztlichen Prüfungsvorschriften gefassten Resolutionen erachtete die Versammlung durch diese Beschlusffassung für erledigt. Mehrere Eingaben, betreffend die Wiedereinführung der Silberprägungen im alten Verhältnisse zum Golde wurden zurückgewiesen. Das Gesetz des königlich sächsischen Geheimen Rates Professors Dr. v. Windscheid auf Entbindung desselben von der Teilnahme an den Arbeiten der Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines deutschen bürgerlichen Gesetzbuchs erhielt die Genehmigung der Versammlung.

Zur zweiten Staatsberatung hat Abg. Lügens, unterstützt durch das Centrum, seinen von früher bekannten Antrag auf Beschaffung des Postdienstes an Sonn- und Feiertagen wieder eingebracht: Der Reichskanzler soll danach ersucht werden, darauf Bedacht zu nehmen, a) daß an Sonn- und Feiertagen nur Briefe, Postkarten und mittels Postdebit zu beziehende Zeitungen anzunehmen, zu befördern, auszugeben und zu bestellen, dagegen Waarenproben, Drucksachen, Packete, Gelb- und Werthsendungen — infofern solche nicht als durch Gilboden zu bestellende aufgegeben werden — vom Dienste auszuschließen seien; b) daß an Sonn- und Feiertagen Telegramme mit einer Aufschlags von 20 Pfennigen zu belegen seien.

Der Abgeordnete Dr. Lasler hat seine Reise nach Amerika angereten. Er begibt sich zunächst nach England, wo ihn sein Bruder erwartet, in dessen Gesellschaft er via Liverpool über den Ozean fährt. Dr. Lasler gedient bis zum Winter in Amerika zu verbleiben.

Der Vorstand der Bäcker-Firma "Concordia" hat nach einer Mittheilung des "Berl. Tagebl." beschlossen, dem Abgeordneten Büchtemann ein Diplom der Ehrenmitgliedschaft zu überreichen. Dieses Diplom, das in kostvollster Weise hergestellt ist, soll Herr Direktor Büchtemann in einer außerordentlichen Innungs-Versammlung feierlich übergeben werden.

Paris, 4. Juni. (Teleg.) In der heutigen Generalversammlung der Aktiengesellschaft der Suezkanal-Gesellschaft wurde der Bericht Besseps' vorgelegt, welcher die Zustimmung der drei Vertreter der englischen Regierung, die allen Sitzungen des Verwaltungsraths beigewohnt haben, erhalten hatte. In dem Bericht wird im Gegensatz zu Allem, was in London und Paris in Bezug auf die Suezkanal-Gesellschaft behauptet worden ist, hervorgehoben, daß zwischen dem Verwaltungsrathe der Gesellschaft und der durch drei Verwaltungsräthe der Gesellschaft und der durch drei Verwaltungsräthe vertretenen englischen Regierung ununterbrochen die vollkommenste Übereinstimmung fortbesteht. Aus dem Bericht geht ferner hervor, daß die Gesell-

schafft seit einem Jahre beschlossen habe, selbst an eine möglichst schnelle Herstellung eines doppelten Seeweges zu gehen und diese Arbeit innerhalb des der Gesellschaft gehörigen Gebietes vorzunehmen. Die Herstellung dieses doppelten Weges würde im Interesse des Handels bei weitem schneller und bequemer, namentlich in den Häfen erfolgen, wenn die Gesellschaft neue Gebiets-Erwerbungen erlangen könnte. Die bezüglichen Unterhandlungen der Gesellschaft mit der englischen Regierung seien im besten Zuge und versprächen, wie es in dem Berichte heißt, einen günstigen Abschluß. Die gegenwärtigen Verbesserungsarbeiten würden etwa 30 Millionen Francs kosten und für einen Verkehr von 10 Millionen Tonnen ausreichen. Für die Zukunft sei jedoch die Herstellung eines zweiten Kanals in Erwägung zu ziehen. Hierauf bezügliche Vorschläge würden den Aktionären z. B. in einer besonderen Generalversammlung vorgelegt werden. Man müsse das beste Mittel zur Ausführung ausfindig machen, alle Vorschläge prüfen und sobald die zu diesem Zwecke niedergelegte besondere Kommission sich darüber werde ausgesprochen haben, dann die finanzielle Seite der Frage erwägen. Der Bericht wurde einstimmig genehmigt. Die Dividende ist auf 56,221 Francs festgesetzt worden. Die Versammlung beschloß einstimmig, Belegschaft für seine Verdienste um die Gesellschaft ihrer Dank auszusprechen.

Moskau. 2. Juni. Dem Moskauer Stadthauptmann, Prof. Tschitscherin, welcher in seiner Festansprache dem Zaren gegenüber das Wort wagte: „Das Volk erwartet Reformen!“ ist bereits die Strafe zuertheilt worden. Die „Mosk. Tzg.“ meldet gerüchtweise, „das Moskauer Stadthaupt Tschitscherin habe plötzlich sein Amt niedergelegt und sei auf sein Gut im Tambowischen Gouvernement abgereist.“ Man weiß, was solche Amtsniederlegung zu bedeuten hat. Besonders schwer wird den führenden Professor die Entfernung aus Moskau selbst treffen.

Die Krönungsfeier in Moskau.

Moskau. Sonntag 3. Juni, Abends. Die militärischen Übungen und Scheingefechte der Kosaken und Tschirkeßen, welche heute Mittag auf dem gestrigen Festplatz stattfanden, boten ein außerordentlich glänzendes Schauspiel dar. — Heute Abend findet das von den ausländischen Zeitungsberichterstattern zu Ehren des Zensors Waganow verankerte Festessen statt.

Moskau. Montag 4. Juni, Nachm. 1 Uhr 30 Min. Zur 200jährigen Jubelfeier der Errichtung des Preobraschenski'schen und des Semenow'schen Leibgarde regiments fand heute im Park von Sokolniki eine große militärische Feierlichkeit statt. Der Kaiser und die Kaiserin hatten sich im offenen Wagen (einer Troika) und ohne jedes Geleite nach dem Sokolnikipark begeben, die Mitglieder des Kaiserlichen Hauses, die fremden Fürstlichkeiten, die Botschafter hielten der Feierlichkeit gleichfalls bei. Die Jubelfeier wurde gelebt durch die Agaiana und Kirchliche Welt, der Kellnerinnen vor der gefärmten kaiserlichen Familie. Darauf ließ der Kaiser die Regimenter mit den neuen Fahnen verehren, die denen aus der Zeit Peters des Großen gleichen und auf der Kugel der Fahnenstange das griechische Kreuz tragen. Als dann begab sich der Hof nach dem Sokolnikipark, wo derselbe von einer zahlreichen, glänzenden Versammlung erwartet wurde. Im Park waren an Tafeln Deputationen aller hier versammelten Truppen plaziert. Als die Majestäten mit den Fürstlichkeiten eingetroffen waren, rückten die Jubelregimenter in voller Stärke auf den Festplatz und es folgte nun unter den Klängen aller Musikkorps der Truppen, die zu einem einzigen Orchester vereint waren, die feierliche Speisung der Mannschaften. Der Kaiser und die Kaiserin machten mehrere Rundgänge durch die Tafelreihen und wurden überall mit Jubel begrüßt. Um 4 Uhr verließen dieselben mit ihren hohen Gästen das Fest. Das Dejuner war den Regimenter und den zur Jubelfeier geladenen Gästen von der Stadt Moskau gegeben worden. — Heut Abend findet ein Ball part im Krempalaste statt.

Telegraphische Nachrichten.

Erbach i. Rheingau. 4. Juni. Heute Vormittag hat auf dem hiesigen Friedhofe unter Theilnahme Ihrer k. Hohelthen des Prinzen und der Prinzessin Albrecht von Preußen und ihrer ältesten Kinder, sowie des Herzogs von Altenburg, des Erbprinzen und der Prinzessin Marie Elisabeth von Meiningen, der Herzogin Wilhelm von Mecklenburg, ingleichen der Abgesandten der fremden Höfe, der Spiken der Behörden und zahlreicher Vertreter von Städten und Korporationen die feierliche Beisetzung der Prinzessin Marianne der Niederlande stattgefunden. Der Herr Dr. Löffmann sprach das Grabgebet, die hiesigen Vereine bildeten bei der Grabstätte und auf dem Wege zu derselben Spalier.

Karlsruhe. 4. Juni. Die Frau Kronprinzessin von Schweden ist heute zu längerem Kurgebrauch nach Rippoldsau abgereist.

Newwied. 4. Juni. Die Großherzogin von Baden ist zum Besuch der fürstlichen Familie hier eingetroffen.

Hannover. 3. Juni. Bei der heute Abend im Hoftheater stattgehabten Aufführung der Oper „Margarethe“ von Gounod fand im 2. Akt an einem Beleuchtungsapparate eine Knallgasexplosion statt, die Flamme wurde aber durch den Hydranten sofort gelöscht. Die Vorstellung nahm ununterbrochen ihren Fortgang, das Publikum bewahrt bei dem Zwischenfall die größte Ruhe.

Eckernförde. 4. Juni. Das deutsche Panzergeschwader ist heut früh von hier nach Sonderburg in See.

Wien. 4. Juni. Der Ministerpräsident Tisza ist mit dem Finanzminister Szapary und dem Arbeitsminister Kemeny heute eingetroffen, um mit der österreichischen Regierung über die Auflösung des eisernen Thores, über die Delegationsvorlagen und über die Reform der Spiritussteuer zu konferieren. — Pallavicini reist geschäftlich nach Paris angeblich im Auftrage Szapary's.

West. 4. Juni. Wie die „Post“ meldet, hat der hier zusammengetretene gemeinsame Ministerrath beschlossen, die Delegationen zwischen dem 15. und 20. Oktober d. J. einzuberufen.

London. 4. Juni. Im Unterhause theilte der Unterstaatssekretär, Lord Fitzmarie, mit, die Befehlshaber der Kriegsschiffe „Dryad“ und „Dragon“, welche gegenwärtig vor Tamatave liegen, hätten Befehl erhalten, im Einvernehmen mit dem dortigen britischen Konsul die nötigen Maßregeln zum Schutz von Person und Eigenthum britischer Unterthanen auf Madagaskar zu ergreifen.

Dublin. 4. Juni. Heute sind Davitt, Healy und Quinn wieder in Freiheit gesetzt worden.

Antwerpen. 4. Juni. Seitens der Bankiers und Wechselagenten wurde eine Kommission von 10 Mitgliedern ernannt, um über Vorschläge zu berathen, welche der Regierung mit Rücksicht auf die neuen Steuergesetzentwürfe gemacht werden sollen.

Petersburg. 4. Juni. General Tschernajew, welcher, von Astrachan kommend, hier erwartet wird, wird ein umfangreiches Material betreffend die agrarischen, kommerziellen und militärischen Verhältnisse Turkestans mitbringen. — Die Eisenbahmlinie Batum-Samtredi ist am 2. d. M. eröffnet worden.

Konstantinopel. 4. Juni. Der Vertreter der deutschen Bondsnehmer, Justizrat Primler, ist gestern Nachmittag von einem Gehirnschlag betroffen worden und liegt im deutschen Hospital schwer krank darnieder, sein Befinden bleibt zu ernstlichen Besorgnissen Veranlassung.

Kairo. 3. Juni. Der Abgesandte des Sultans, Kadry Bey, ist abberufen worden.

Rio de Janeiro. 3. Juni. Das bisherige Ministerium ist durch ein neues Kabinett ersetzt worden, in welchem Lafayette die Präsidenschaft und das Finanzministerium, Maciel das Ministerium des Innern und Brandas das Ministerium des Auswärtigen übernommen haben. Sämtliche neuen Minister gehören wie die bishertigen der liberalen Partei an, zählen aber zu einer etwas mehr vorgeschrittenen Gruppe derselben.

Verantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Bosen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen an Bosen im Juni.

Datum	Barometer auf 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Gf.
4. Nachm.	755,4	Ö schwach	besser	+24,8
4. Abends.	753,1	Ö schwach	besser	+18,9
5. Morgs.	751,1	Ö schwach	besser	+14,8
Am 4. Wärme-Maximum:	+23,6 C.	Gell.		
Am 5. Wärme-Minimum:	+11,7			

Wasserstand der Warthe.

Bosen,	am 4. Juni Morgens 0,92 Meter.
4.	0,92
5.	0,88

Geographische Börsenberichte.

Frankfurt a. M. 4. Juni. (Schluß-Course.) Schwach, sehr füllig. Lond. Wechsel 20,512. Pariser do. 81,116. Wiener do. 170,85. R. u. G. — Rheinische do. —. Hess. Ludwigsd. 1004. R.-M.-Bank. Reichsbank 1028. Reichsbank 1491. Darmst. 1504. Reutin. Bl. 95. Dschung. Bl. 715,50 Kreditaktien 250. Silberrente 67,5. Papierrente 66,5. Goldrente 84,5. Ung. Goldrente 75,5. 1860er Zoose 121,5. 1882er Zoose 317,20 Ung. Staats. 224,20. do. Ostb.-Obl. II. 96,5. Böh. Westbahn 259,5. Elisabethb. —. Korbweinh. 170,5. Bautz. 266,5. Kramoien 279. Lombarden 129,5. Italiener 92,5. 1877er Russen 90,5. 1880er Russen 72,5. II. Orientali. 56,5. Bentr. Pacific 112. Diskonto-Kommandit —. III. Orientali. 57,5. Wiener Bankverein 91,5. 5% österreich. Papierrente 79,5. Bucshabrad. 74,5. Gottscheebahn 120,5. Türken 11,5. Westphalianische Eisenbahn 87,5. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 249,5. Franzosen 278,5. Gasz. 256. Lombarden 129,5. II. Orientali. —. III. Orientali. —. Egypt. —. Gotthardbahn —.

Frankfurt a. M. 4. Juni. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 250,5. Franzosen 279,5. Lombarden 129,5. Galizier 256,5. österreich. Papierrente —. Egypt. 74,5. III. Orientali. —. 1880er Russen —. Gotthardbahn 120,5. Deutsche Bank —. Nordwestbahn —. Elbthal —. 4proz. ung. Goldrente 75,5. II. Orientanleihe —. Böhmis. Nordbahn —. Befestigt.

Auf die neuen österreichischen Staatsbahnprioritäten sind bereits sehr zahlreiche Voranmeldungen hier eingegangen.

Wien. 4. Juni. (Schluß-Course.) Schluß fester.

Papierrente 78,27,5. Silberrente 78,85. Denerr. Goldrente 99,00. 8-proz. ungarische Goldrente 120,45. 4proz. ung. Goldrente 88,27,5. 5proz. ung. Papierrente 86,55. 1854er Zoose 119,75. 1860er Zoose 134,75. 1864er Zoose 167,25. Kreditbalo 170,00. Ungar. Papierren. 114,50. Kreditaktien 293,20. Franzosen 328,30. Lombarden 150,90. Galizier 298,75. Kasch.-Ober. 144,50. Paribus 149,25. Nordwestbahn 200,00. Elisabethbahn 221,50. Korbahn 276,50. Österreich. ungar. Bank —. Türk. Zoose —. Unionbank 116,50. Katal. 111,00. Wiener Bankverein 106,00. Ungar. Kredit 290,75. Deutsche Plätze 58,50. Bonner Wechsel 120,00. Pariser do. 47,45. Aachener do. 99,00. Napoleon 9,52. Dukaten 5,66. Silber 100,50. Marknoten 58,50. Russische Banknoten 1,18. Lemberg-Zenorowitz —. Krons.-Rubel 167,50. Franz.-Totes —. Diez-Bodenbach —. Böh. Westbahn —. Elbthal. 216,25. Kramoian 216,10. Bucshabrad. —. Destr. 4proz. Papier. 93,25.

Wien. 4. Juni. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien —. Destr. Kreditaktien 292,70. Ungar. 4proz. Goldrente 88,22. Franzosen —. Lombarden —. Galizier —. Nordwestbahn —. Elbthal —. Destr. Papierrente —. 5proz. ungar. Papierrente —. Marknoten —. Napoleon —. Bankverein —. Pariser Notierungen drücken.

Paris. 4. Juni. (Schluß-Course.) Schwach. 3proz. amortis. Rente 81,05. 3proz. Rente 79,85. I. Anleihe de 1870 108,60. Ital. 4proz. Rente 93,25. Destr. Reich. Goldrente 83,5. 6proz. ungar. Goldrente 104, 4proz. ungar. Goldrente 76,5. 5proz. Russen de 1877 94,5. Franzosen 69,25. Lombard. Eisenbahn-Alten 323,75. Lombard. Prioritäten 299,00. Türk. de 1885 —. Türk. Zoose 53,80. III. Orientanleihe —. Crédit mobilier 360,00. Spanier neue 64,5. do. inter. —. Sucrana-Alten 212,7. Banque ottomane 770,00. Union aen. —. Crédit sonier 133,50. Egypt. 369,00. Banque de Paris 1060,00. Banque d'escoupe 52,5. Banque hypothecare —. Lond. Wechsel —. 4proz. Rumänische Anleihe —. Foncier Egyptien 602,00.

Florenz. 4. Juni. 5proz. Italien. Rente 93,29. Gold 20,00. **London.** 4. Juni. Consols 101,5 engl. Italien. 4prozentige Rente 92,5. Lombarden 128, 3proz. Lombarden alte —. 3proz. do. neue 11,5. 3proz. Russen de 1871 86, 3proz. Russen de 1872 85,5. 3proz. Russen de 1873 85 engl. 5proz. Türk. de 1866 11,5. 3proz. fundierte Amerik. 105,5. Österreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 75. Destr. Goldrente 83,5. Spanier 64,5. Egypt. 72,5. Ottomanbank 20,5. Preuß. 4proz. Consols 101,5. Matt. Silber —. Blaikdiston 3,5 engl.

In die Bank fließen heute 19,000 Pfds. Sterl.

Perthesburg. 4. Juni. Wedel auf London 234, IL Orient-Anleihe 92,5. IL Orientanleihe 92,5. Hamburg —.

Network. 2. Juni. (Schlußkurse.) Wedel auf Berlin 94,5. Wechsel auf London 4,85, Cable Transfers 4,89, Wechsel auf Paris 5,17,5. 3prozentige fundierte Anleihe 103,5. 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 119,5. Erie - Lake 36,5. Central Pacific Bonds 115. Newyork Zentralbahn-Alten 123,5. Chicago- und North Western Eisenbahn 149,5.

Geld abundant, für Regierungsbonds 1, für andere Sicherheiten 2 Prozent.

Produkten-Kurse.

Köln. 4. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loko 21,00. freiem loko 21,50. per Juli 20,15. per November 20,55. Roggen loko 15,00. per Juli 15,05. per Novbr. 15,70. Hafer loko 14,75. Rübel loko 30,50. per Oktober 31,20.

Bremen. 4. Juni. Petroleum. (Schlußbericht.) Matt. Standard white loko 7,60 a —. per Juli 7,70. per August 7,80 a —. per August-Dezember 8,10 a —. Alles Br.

Hamburg. 4. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loko fest auf Termine rubig, per Juni-Juli 188,00 Br. 187,00 Gd. per Sept.-Okt. 196,00 Br. 195,00 Gd. — Roggen loko fest, auf Termine rubig, per Juni-Juli 150,00 Br. 149,00 Gd. per September-Okt. 153,00 Br. 152,00 Gd. Hafer fest. Gerste rubig. Rübel fest, loco 72, per Oktober 62,00. Spiritus fester, per Juni 45,5 Br. per Juli-August 46,5 Br. per August-September 47,5 Br. per Sept.-Okt. 48 Br. Kaffee rubig, geringer Umsatz. Petroleum füll. Standard white loko 7,60 Br. 7,50 Gd. per Juni 7,60 Gd. per August-Dezember 8,10 Gd. — Wetter: heit.

Wien. 4. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen per Juni 10,35. 10,40 Br. per Herbst 11,30 Gd. 11,35 Br. Roggen per Juni 8,20 Gd. 8,30 Br. per Herbst 8,65 Gd. 8,70 Br. Hafer per Juni 7,15 Gd. 7,20 Br. Mais (international) per Juni 7,35 Gd. 7,40 Br.

Stett. 4. Juni. Produktmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Juli 11,18 Gd. 11,20 Br. — Hafer per Herbst 6,83 Gd. 6,85 Br. Mais per Juni 6,97 Gd. 7,07 Br. per Juli-August 6,80 Gd. 6,83 Br. Kohlebahn per August-September 14,5.

Paris. 4. Juni. Produktmarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest, per Juni 26,40. per Juli 26,75. per Juli-August 27,00. per September-Dezember 27,75. — Roggen rubig, per Juni 17,00. per Sept.-Dezember 19,00. — Mehl 9 Marques fest, per Juni 57,80. per Juli 58,50. per Juli-August 58,80. per September-Dezember 60,00. — Rübel rubig, per Juni 99,25. Juli 87,75. per Juli-August 82,75. per Sept.-Dez. 76,25. — Spiritus fest, per Juni 50,75. per

Produkten-Börse.

Berlin, 4. Juni. Wind: NO. Wetter: heiß

Trotz der sehr ruhigen Berichte vom Westen und ermäßiger Newyork Notirungen befandet der heutige Verkehr nichts weniger als flache Tendenz.

Loto-Weizen vernachlässigt. Termine eröffneten mit ziemlich regem Begehr für spätere Sichten, welche neuerdings für Österreichisch-Ungarische Rechnung zahlreich acceptirt worden waren. Dabei kam es auch, daß die andauernden starken Kündigungen nicht drückend wirkten — im Gegentheil ging der Report etwas zusammen, weil ein Theil der Anmeldungen für Reportzwecke aufgenommen wurde. Schließlich blieb die Haltung mit Behauptung einer Besserung von etwa 1½ M. fest.

Loto-Rogggen hatte ganz geringfügigen Handel zu unveränderten Preisen. Auf Termine hatten vorliegende Acceptationen keinen nennenswerten Einfluß. Die anhaltende Stille des Effektengeschäfts, eine neue und ziemlich starke Kanalstiefe und umfangreiche Kündigungen veranlaßten stilles Realisationsangebot auf nahe Lieferung, welche etwas niedriger als Sonnabend, während Herbst keine nennenswerte Veränderung aufzuweisen hatte.

Loto-Hafer nur in seiner Waare beachtet. Per Termine ob des mangelnden Regens höher bezahlt. Rogggenmehl in naher Lieferung durch Kündigungen gebrückt, im Uebrigen unverändert. Mais still.

Rübbel per Juni fast geschäftsfrei, war per Herbst rege beachtet und etwas theurer. Spiritus erfreute sich fortgesetzter reger Speulationsfrage, welche den Werth aller Sichten merklich hob und den Markt fest schließen ließ.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm Loto 140—215 Mark nach Qual., gelbe Lieferungsqualität 187 Mark, feiner gelber — ab Bahn bez., mittel volmischer — ab Bahn bez., bunter — weisser —

sches. — bez., per diesen Monat 187,5—186,75—188 bez., per Mai-Juni — M. bez., per Juni-Juli 187,5—186,75—188 bez., per Juli-August 191,00—191,75 bez., per August-September —, per September-Oktober 197,25—198—196,5 bezahlt, per Oktober-November 198,5 bezahlt. Durchschnittspreis — bez. Gefündigt 111,000 Btr. per 6000 Kilo gr.

Rogggen per 1000 Kilogramm loto 133—159 nach Qualität, Lieferungsqualität 149 M. bez., inländ. mittel — M. ab Boden und Kahn bez., geringer —, feiner 150 M. ab Bahn bez., guter —, ordinarer mit Geruch — ab Bahn bez., per diesen Monat 148,75—148,4 bezahlt, per Mai-Juni — bezahlt, per Juni-Juli 148,75—148,5 bez., per Juli-August 150—150—150,22 bez., per August-September —, per September-Oktober 153,05—153,75—153,5 bez., per Oktober-November 153,75 bis 154,25—154 bezahlt. Durchschnittspreis — M. Gefündigt 105,000 Btr. Kündigungspreis — R.

Gefüre per 1000 Kilogramm große und kleine 125—200 nach Qualität, schlesische mittel — M., Oderbrucher — M., geringer märk. — M., märkische — ab Bahn bez.

Hafner per 1000 Kilogramm loto 125—155 nach Qualität, Lieferungsqualität 131 M. guter vomm. 135—140 M. mittel 128—132 M. feiner — M. guter preußischer 140—147 ab Kahn u. Bahn bez., guter schlesischer 138—140 bez., mittel 128—132 bez., russischer — M. diesen Monat 130,75—131,5—131 bez., per Mai-Juni — nom., per Juni-Juli 130,75—131,5—131 bez., per Juli-August 135 bez., per September-Oktober 138 bez. Gefündigt 10,000 Zentner. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilo.

Mais loco 142—144 nach Qual. per diesen Monat —, — bez., Mai-Juni — nom. — Gefündigt — Btr.

Erbse in Kochwaare 170—220, Butterwaare 150—165 per 1000 Kilogramm nach Qualität.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto infl. Sac. Loto und per diesen Monat —, — M. per Mai-Juni —, — nom.

54 bez. — Gefündigt 90,000 Liter

Juli —, — M. per Juli-August — M. bez., — Br. per September-Oktober — bez. Gefündigt — Btr.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto infl. Sac. Loto und per diesen Monat —, — per Mai-Juni —, — per Juni-Juli — M. bez., per Juli-August — M. bezahlt, per September-Oktober —, — bezahlt. Gefündigt — Btr.

Rogggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverändert infl. Sac. per diesen Monat 20,80—20,70 bez., per Mai-Juni M. bez., per Juni-Juli 20,80—20,70 bez., per Juli-August 21,20—21,10 bez., per Sept.-Oktober 21,40—21,30—21,35 bez., per Oktober-November — bez. Gefündigt 9500 Btr.

Weizenmehl Nr. 00 27,50—25,25, Nr. 0 25—23,50, Nr. 0 u. 1 22,50—21,25. Rogggenmehl Nr. 0 22,25—21,25, Nr. 0 u. 1 20,75, bis 19,75. Feine Maren über Rotis bezahlt.

Rüßöl per 100 Kilogramm loto mit Fas — M. ohne Fas — bezahlt, per diesen Monat 72,9 bezahlt, per Juni-Juli — bezahlt, per September-Oktober 60,1—60,4 bez., per Oktober-November 60,5 bezahlt. Gefündigt 1000 Zentner.

Petroleum, raffiniert (Standard white) per 100 Kilogramm mit Fas in Posten von 100 Klgr. loto — per diesen Monat 23,9 M. September-Oktober 24,2—24,1 M. Gefündigt —, — Btr. Durchschnittspreis — M.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter vgl. loto ohne Fas 57,1 bez., abgelaufene Anmeldungen — bezahlt, loto mit Fas —, mit leibhaften Gebinden 57,4—57,6 bezahlt, ab Speicher — bezahlt, frei Haus — M. per diesen Monat 56,7—58,9 bezahlt, per Juni-Juli 56,7—56,9 bez., per Juli-August 57,2—57,9—57,7 M. bez., per August 58,4 bez., per August-September 56,7—58,2—58,1 bez., per September-Oktober 55,9—56,4—56,2 bez., per Oktober 56,3 bez., per Oktober-November 54,7—54,9—54,8 bez., per November-Dezember 54 bez. — Gefündigt 90,000 Liter

russische Anleihen gaben so viel nach; Italiener gingen gleichfalls etwas unter ihren Sonnabend-Cours hinunter. Kassabahnen sowie Banken waren wenig verändert, kamen aber auch nur wenig an den Verkauf.

In der zweiten Börsenhälfte trat insofern ein Umschwingen ein, als die Haltung sich zwar befestigte, das Geschäft aber blieb unabehobt. Inländische Fonds und Prioritäten blieben recht fest.

Der Privatdiskont blieb 2% vgl.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 4. Juni. Die Börse eröffnete matt mittheilweise erheblichen Courstrückgängen in Folge der starken Coursheraufsetzungen, welche Kreditaktien in Wien erfahren hatten; besonders beträchtliche Einbußen erlitten Banken. Das Geschäft blieb geringfügig auf allen Gebieten. Kreditaktien verloren gegen Sonnabend ca. 6 M. Diskonto-Komm.-Anth. gaben 2% vgl. auf; ganz unbeachtet blieb Deutsche Bank. Franzosen und Lombarden wurde je 3 M. niedriger abgegeben, auch andere

Untersuchungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österl. Währung = 2 Mark. 7 Gulden judeo. Währung = 12 Mark. 100 Gulden voll. Währung = 170 Mark.

1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Eine Sterling =

Wechsel-Karte.		Ausländische Fonds.		Eisenbahn-Stamm- und Staus-Prioritäts-Aktien.		Berlin-Dresden.		Stett.-B. (Elbe). B.		Raab-Grau (Brani.). B.		Kordb. Bank	
Westerb. 100 fl. 8 T. 4		New York. St.-Anl. 6		do. do. 7		do. Lit. R. 4	103,00 B	do. Lit. R. 4	88,30 G	do. Gründsd. 0	158,00 vgl. B		
Brüssel. u. Antwerpen 100 fl. 8 T. 3		do. do. 7		Aachen-Mastricht 24	55,00 b;G	do. I. II. 4	102,80 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	do. Gründsd. 0	46,25 G		
London 1 Pfir. 8 T. 4		Finnländ. Börs. 48,10 B		Altona-Kiel 9½	223,75 b;G	do. III. ton. 4	101,00 b;G	do. Lit. R. 4	85,40 G	West. Kred. A. v. St. 9½	154,00 G		
Paris 100 fl. 8 T. 3		italienische Rente 5	92,75 ebd;B	Berlin-Dresden 0	22,20 b;G	do. IV. ton. 4	103,50 B	do. Lit. R. 4	85,40 G	Obersb. Spar-B. 15	154,00 G		
Wien, östl. Währ. 8 T. 4	170,80 b;G	do. Tabak-Obl. 6		Berlin-Hamburg 19½	356,50 b;G	do. V. ton. 4	101,10 B	do. Lit. R. 4	85,40 G	Petersb. Dis.-B. 108,90 b;G	108,90 b;G		
Petersb. 100 fl. 8 T. 6	200,80 b;G	do. Gold-Rente 4	84,60 ebd;B	Bresl.-S.-Fr. 4½	110,70 b;G	do. VI. ton. 4	101,20 b;G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Worms. Hyp.-B. 88,00 B	88,00 B		
Varso. 100 fl. 8 T. 6	201,60 b;G	do. Papier-Rente 4½		Dortm.-Gron.-E. 5	61,10 b;G	do. VII. ton. 4	101,40 B	do. Lit. R. 4	85,40 G	Posener Prov. 7½	120,75 G		
Goldsorten und Banknoten.		do. do. 5		Falle-Sor. 0	33,70 b;G	do. VIII. ton. 4	103,00 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Voss. Landb. B. 78,50 b;G	78,50 b;G		
Sovereigns pr. St.	20,43 G	do. Silber-Rente 4½	79,50 b;G	Maing-Ludwigsb. 3½	100,70 b;G	do. IX. ton. 4	104,50 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Pos. Sprit.-Bank 72,40 G	72,40 G		
20-Francs-Stück	16,26 G	do. do. 5		Märk. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. X. ton. 4	104,75 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Preuß. Bodenb. 6½	169,00 b;G		
Dollars pr. St.	4,21 G	do. Kredit. 1858		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XI. ton. 4	104,80 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Br. Entr. Bd. 40½	125,75 G		
Imperials pr. St.		do. do. 5		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XII. ton. 4	104,90 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Br. Hyp.-Akt.-B. 5	92,10 ebd;G		
Engl. Banknoten	20,50 b;G	do. do. 5		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XIII. ton. 4	105,10 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Br. P. B. G. 25½	92,25 G		
Frankl. Banknot.	81,05 b;G	do. Liquidat.		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XIV. ton. 4	105,20 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Br. Imm.-B. 80½	81,25 G		
Deutsch. Banknot.	170,90 b;G	do. do. 5		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XV. ton. 4	105,30 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Reichsbank 7,5	149,75 b;G		
Ruff. Noten 100 fl.	201,95 b;G	do. do. 5		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XVI. ton. 4	105,40 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Rostocker Bank 100,00 G	100,00 G		
Bauschuh der Reichsbau.		Fonds- und Staats-Papiere.		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XVII. ton. 4	105,50 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Sächsische Bank 121,70 G	121,70 G		
Fonds- und Staats-Papiere.		Russ.-Engl. 1822 5		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XVIII. ton. 4	105,60 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Schaffs. B.-Ber. 92,25 G	92,25 G		
Staats-Schuldt.		Russ.-Engl. 1822 5		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XIX. ton. 4	105,70 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Schles. Bank 108,10 G	108,10 G		
Bauschuh der Reichsbau.		Russ.-Engl. 1822 5		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XX. ton. 4	105,80 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Süd.-Bod. Kred. 132,90 G	132,90 G		
Fonds- und Staats-Papiere.		Russ.-Engl. 1822 5		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XXI. ton. 4	105,90 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Barisch. Kom.-B. 75,75 b;G	75,75 b;G		
Dtsch. Reichs-Antl. 4	102,40 b;G	do. do. 5		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XXII. ton. 4	106,00 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Beimar. St.-Kons. 5	91,25 G		
Konf. Preuß. Antl. 4	103,80 b;G	do. do. 5		do. 250 fl. 1854 4	112,50 b;G	do. XXIII. ton. 4	106,10 G	do. Lit. R. 4	85,40 G	Bürtt. Vereinsb. 7½</td			